

02.10.2003

Antrag

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Politische Mitwirkung der Migrantinnen und Migranten in den Kommunen verbessern!

I.

Die Integration von Migrantinnen und Migranten in das kommunale Leben ist ein wichtiges gesellschaftspolitisches Anliegen. Dabei müssen die Kommunen vielfältige Probleme lösen, um ein friedliches Miteinander von Einheimischen und Zugewanderten zu ermöglichen. Die Gesellschaft ist gefordert, Hemmnisse, die eine Integration behindern, zu beseitigen. Die Zugewanderten sind aufgefordert, sich mit den Regeln der Gesellschaft auseinanderzusetzen und sie zu beachten.

II.

Die Integration wird durch Teilhabe der Migrantinnen und Migranten am politischen Leben einer Kommune gefördert. In diesem Verständnis sind anstelle eines kommunalen Wahlrechts seit Ende der 60ziger Jahre Ausländerbeiräte gebildet worden. Durch das Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung vom Mai 1994 ist eine gesetzliche Basis (§ 27 GO) geschaffen worden. Danach können sich Ausländerbeiräte mit allen Angelegenheiten der Gemeinde befassen. Sie sind allerdings darauf angewiesen, dass ihre Vorstellungen vom Rat und seinen Ausschüssen in praktische Politik umgesetzt werden. In diesem Zusammenwirken gibt es noch erkennbare Defizite. Im Hinblick auf die Organisation des Ausländerbeirates werden vor allem kritisiert,

- die fehlende Entscheidungskompetenz
- die mangelhafte Einbindung in das kommunalverfassungsrechtliche und kommunalpolitische System
- die mangelnde sachliche Ausstattung.

Datum des Originals: 02.10.2003/Ausgegeben: 02.10.2003

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen.

Stichworte wie

- Beirat statt Ausschuss
- keine Ratsmitglieder im Ausländerbeirat
- fehlende Einbindung in das Parteiensystem auf kommunaler Ebene

kennzeichnen die mangelnde Einbindung in das kommunalverfassungsrechtliche System. Von den Migrantinnen und Migranten wird daher schon seit längerer Zeit die Forderung nach einem Ausschuss für Migrations- und Integrationsangelegenheiten anstelle eines Ausländerbeirates erhoben. Von dieser Änderung versprechen sie sich u.a.

- einen gleichberechtigten Status zu anderen Gremien
- Entscheidungskompetenz
- organisatorische und finanzielle Rechte.

In der Kommunalpolitik ist die Forderung laut geworden, den Kommunen einen größeren Gestaltungsspielraum beim Zusammenwirken des Rates und seiner Ausschüsse mit dem Ausländerbeirat zu eröffnen.

III.

Der Landtag erkennt ausdrücklich den Willen der Ausländerbeiräte an, sich aktiver in die Kommunalpolitik einzubringen und so die Integration zu fördern. In diesem Ziel will der Landtag die Ausländerbeiräte unterstützen. Dazu hält er aber eine Änderung der gesetzlichen Grundlage gegenwärtig nicht für erforderlich. Denn der Erfolg eines gelungenen Zusammenwirkens hängt wesentlich von den besonderen Gegebenheiten vor Ort ab. Darüber hinaus liegt es auch häufig an den handelnden Personen, ob und wie sie die jetzt schon vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten nutzen, um sich gestaltend am kommunalen Leben zu beteiligen.

In diesem Verständnis appelliert der Landtag an die Mitglieder kommunaler Vertretungen, werbend auf die Migrantinnen und Migranten zuzugehen, damit sie sich aktiv am kommunalen Leben beteiligen.

Die Migrantinnen und Migranten ermuntert der Landtag, sich aktiv in die Kommunalpolitik einzubringen.

IV.

Der Landtag bittet die Landesregierung, das konstruktive Zusammenwirken von Rat und Ausländerbeirat durch Handlungsempfehlungen zu unterstützen. Andere Organisationsformen als die des Ausländerbeirates (§ 27 GO) sind zu ermöglichen, wenn eine Gemeinde und ihr Ausländerbeirat es wollen. Dafür ist eine großzügige Handhabung der Experimentierklausel des § 126 GO - im Rahmen der Strukturmerkmale der GO - ein geeignetes Instrument.

Edgar Moron
Carina Gödecke
Frank Baranowski
Britta Altenkamp

und Fraktion

Sylvia Löhrmann
Johannes Remmel
Ewald Groth
Sybille Haussmann

und Fraktion